
48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

**Grundrechtsschutz im
Steuerrecht**

Inhaltsübersicht

	Seite
Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem Univ.-Prof. Dr. Joachim Englisch, Münster	1
Grundrechtsschutz aus deutscher Perspektive Univ.-Prof. Dr. Johanna Hey, Köln	3
Grundrechtsschutz aus österreichischer Perspektive Hofrätin Dr. Edeltraud Lachmayer, öVwGH, Wien	5
Grundrechtsschutz aus unionsrechtlicher Perspektive Univ.-Prof. Dr. Alexander Rust, Wien (wird nachgereicht)	
Grundrechtsschutz im Ertragsteuerrecht Dr. Joachim Strohm, München	14
Grundrechtsschutz im europäisierten internationalen Unternehmenssteuerrecht RiBFH Dr. Ruben Martini, München	30
Grundrechtsschutz bei den indirekten Steuern Prof. Dr. David Hummel, EuGH/Leipzig	32
Besondere Steuerregime (Steuervergünstigungen, EU-Beihilferecht und Wettbewerbsgleichheit) Univ.-Prof. Dr. Benjamin Straßburger, Mannheim	35
Grundrechtsschutz durch Landesverfassungsgerichte Univ.-Prof. Dr. Christian Seiler, Tübingen	37
Besteuerungsverfahren im Lichte grundrechtlicher Vorgaben Dr. Michael Myßen, Berlin	39
Automatisation im Lichte grundrechtlicher Vorgaben Dr. Nils Weith, Berlin	41
Grundrechtsschutz und Steuerinformationsrecht PD Dr. Daniel Dürrschmidt, München	43
Grundrechtsschutz vor den Finanzgerichten Thomas Sendke, Bonn	45
Entwicklung gerichtlicher Zuständigkeiten innerhalb der EU und Vorlageverpflichtung RiBFH Andreas Treiber, München	52

48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem

Univ.-Prof. Dr. Joachim Englisch, Münster

I. Grundlagen

1. Der europäische Grundrechtsraum
2. Grundrechtsverschränkungen
3. Grundrechtskonkurrenzen
4. Justizielle Kooperation

II. Steuerspezifische Betrachtungen

1. Rudimentärer bzw. asymmetrischer europäischer Grundrechtsschutz
2. Kompensation und Hebung ausgehend von der nationalen Grundrechtsordnung
3. Signifikanter Einfluss des EGMR auf den Grundrechtsschutz im Steuerverfahren
4. Auswirkungen der neuen Linie des BVerfG auf EuGH-Vorlagen der Finanzgerichtsbarkeit
5. Ausblick

48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

Grundrechtsschutz aus deutscher Perspektive

Univ.-Prof. Dr. Johanna Hey, Köln

- I. Einführung
- II. Grundrechtsschutzverantwortung von Gesetzgeber und Bundesverfassungsgericht
 1. Erstzuständigkeit des Steuergesetzgebers
 2. Das letzte Wort des Bundesverfassungsgerichts
 - a) Verwerfungsmonopol versus verfassungskonforme Auslegung und Rechtsfortbildung
 - b) Gefährdung der Effektivität des verfassungsgerichtlichen Grundrechtsschutzes durch überlange Verfahren und Entscheidungen mit pro futuro-Wirkung
 - c) Vom Individualgrundrechtsschutz zur Maßstabsbildung
- III. Der allgemeine Gleichheitssatz im Zentrum der Steuergrundrechte
- IV. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum gleichheitsrechtlichen Grundrechtsschutz – eine dialogische Aufarbeitung
 1. Entwicklungsschritte der Rechtsprechung
 2. Bindung des Gesetzgebers durch das Leistungsfähigkeitsprinzip
 - a) BVerfG: Steuergerechtigkeit als gleichmäßige Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
 - b) Neue Debatte um den Stellenwert des Leistungsfähigkeitsprinzips: Mehr Schaden als Nutzen?
 3. Rechtfertigungsmaßstäbe
 - a) Das Stufenmodell des Bundesverfassungsgerichts
 - aa) Differenzierung zwischen der Auswahl des Steuergegenstandes und der Ausgestaltung des Steuertatbestands
 - bb) Fälle erweiterten Gestaltungsspielraums bei der Ausgestaltung des Steuertatbestands
 - cc) Steuervergünstigungen zwischen Willkürkontrolle und Verhältnismäßigkeit
 - b) Kritik am Stufen- und Fallgruppenmodell
 - c) Renaissance der Willkürprüfung in der jüngeren Rechtsprechung
 - d) Einschätzungsprärogative, Beurteilungsspielraum und Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers
 4. Rechtfertigungsgründe
 - a) BVerfG: Konstanter Kanon akzeptierter Rechtfertigungsgründe
 - b) Erweiterung auf qualifizierte Fiskalzwecke?
- V. Resümee

48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

**Grundrechtsschutz aus österreichischer
Perspektive**

Hofrätin Dr. Edeltraud Lachmayer, öVwGH, Wien



Grundrechte im Steuerrecht aus österreichischer Perspektive

- Dogmatik der Gleichheitsprüfung in der Rechtsprechung des VfGH
- Bedeutung des Gleichheitssatzes im Steuerrecht
- Fallbeispiele und Analyse
- Resümee

2



Art 7 Abs. 1 B-VG - Gleichheitssatz

Artikel 7

(1) Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen (...)

3



Allgemeine Dogmatik der Gleichheitsprüfung

- VfGH sieht den Gleichheitssatz als **individuelles Persönlichkeitsrecht**
- Kernanliegen des Gleichheitssatzes ist es, Menschen in ihrem „So-Sein“ vor Diskriminierungen zu schützen
- Je stärker der personale Kern berührt ist, desto strenger die Prüfung und desto geringer der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers
- Gleichheitssatz enthält allgemeines Sachlichkeitsgebot
- Zwei Arten der Gleichheitsprüfung:
 - **Vergleichsprüfung** (diskriminierungsverdächtige Merkmale; Unterschiede im Tatsächlichen, dh faktisch oder rechtlich)
 - **Sachlichkeitsprüfung** (Abgehen von einem einmal gewählten System, „Ordnungssystem“; externe Zwecke → Verhältnismäßigkeitsprüfung)

4



Schwerpunkt der Gleichheitsprüfung im Steuerrecht

Gestaltungsvorgaben durch Gleichheitssatz:

- Leistungsfähigkeit und Lastengleichheit
 - Kaum Gestaltungsvorgaben für den Gesetzgeber
 - Frage der Rechts- und Verteilungspolitik
- **Regel-Ausnahmen**
 - sachliche Rechtfertigung für Ausnahmen

Externe Zwecke:

- Lenkungsziele
 - Keine personenbezogenen Merkmale → großer Gestaltungsspielraum
 - Sachlichkeitsprüfung, Vermeidung von Wertungswidersprüchen
 - Gesetzgeber hat Einschätzungs- und Prognosespielraum

5



Wirkungen der VfGH-Entscheidungen

- Kommt der VfGH in seiner Entscheidung zum Ergebnis, dass das geprüfte Gesetz (Verordnung) verfassungswidrig ist, dann spricht er **konstitutiv** die **Aufhebung** des Gesetzes bzw. der entsprechenden Teile des Gesetzes aus
- Anlassfallwirkung / "Ergreiferprämie": Aufhebung eines Gesetzes / einer Verordnung gilt für den **Anlassfall** immer ex tunc
- In anderen Fällen wirkt die **Aufhebung der Norm** durch den **VfGH in der Regel ex nunc (mit Veröffentlichung im BGBl)** → Immunisiert verfassungswidriges Gesetz/gesetzwidrige Verordnung für Altfälle
- Möglichkeit einer Aufhebung mit Fristsetzung „Reparaturfrist“, Möglichkeit der Ausdehnung der Rückwirkung auf alle offenen Verfahren als Ausnahmefall

6



Grundrechtsverletzungen im Steuerrecht

- **Gleichheitssatz**, Art 7 Abs 1 B-VG, als Maßstab der Besteuerung
- Selten Eigentumsrecht oder Erwerbsfreiheit („Erdrosselungssteuern“, Drittstaatenangehörige)
- Gleichheitssatz als **individuelles Persönlichkeitsrecht** – steuerliche Bestimmungen greifen idR nicht in den Kernbereich dieses Rechts ein → **großer Gestaltungsspielraum** des Gesetzgebers
- Beispiele aus der Rechtsprechung:
 - Vertrauensschutz
 - Objektives Nettoprinzip/Leistungsfähigkeitsprinzip
 - Verlustverwertung
 - Familienbesteuerung
 - Bemessungsgrundlage der Erbschaftsteuer

7



Vertrauensschutz

- Ausfluss des **Gleichheitssatzes**, nicht des Rechtsstaatsprinzips
- Stärkerer Schutz vor „echten“ Rückwirkungen
- **Unechte Rückwirkung** nur in seltenen Fällen geschützt, weil auf den unveränderten Fortbestand einer Rechtslage grundsätzlich kein verfassungsrechtlich geschütztes Vertrauen besteht
 - Nur wenn der Gesetzgeber den Steuerpflichtigen gezielt zu einem Aufwand veranlasst hat („**Anlockeffekt**“), ein Eingriff in die Vermögenssphäre von **erheblichem Gewicht** vorliegt und dem Steuerpflichtigen nachträglich keine Dispositionsmöglichkeiten offen stehen („**frustrierter Aufwand**“)

8



Vertrauensschutz im Steuerrecht – „unechte“ Rückwirkungen

- **Firmenwertabschreibung** für vorbereitende Anteilerwerbe vor Verschmelzung (VfSlg 15.739/2000)
 - Beseitigung für Altfällen wegen Verletzung des Vertrauensschutzes **verfassungswidrig**
- **Immobilienwertsteuer**: Einführung für Altfälle **verfassungskonform** (VfSlg 20.004/2015)
 - (ähnlich bereits für Verlängerung der Spekulationsfrist von 5 auf 10 Jahre VfSlg 13.461/1993)
- Abschaffung Abzug von Fremdfinanzierungszinsen bei Anteilerwerben im Konzern **verfassungskonform** (VfSlg 19.615/2012)
- Teilweises Abzugsverbot für **vertraglich vereinbarte freiwillige Abfertigung** – keine Verletzung des Vertrauensschutzes (VfSlg 20.204/2017)
- Abschaffung Gruppenbesteuerung für Gesellschaften aus Drittstaaten ohne umfassende Amtshilfe **verfassungskonform** (VfSlg 20.159/2017)

9



Objektives Nettoprinzip/Leistungsfähigkeitsprinzip

- Die Prinzipien stehen **nicht im Verfassungsrang**
- Vom Gesetzgeber gewähltes „**Ordnungssystem**“, von dem dieser aus sachlichen Gründen abweichen darf
- Je näher Besteuerung an der Leistungsfähigkeit orientiert ist (zB Spekulationsgeschäfte) desto strenger ist VfGH bei Eingriffen in das objektive Nettoprinzip bzw. Leistungsfähigkeitsprinzip
- Gesetzgeber darf aus vielfältigen Gründen eingreifen (Pauschalierungen, **Lenkungseffekte**, privat/beruflich gemischt veranlasste Aufwendungen), großer Gestaltungsspielraum
- In **Schedulensystemen** (Immobilien, Kapitalvermögen) ist das Leistungsfähigkeitsprinzip nicht verwirklicht, deshalb Abzugsverbote grundsätzlich zulässig
- **Größerer Gestaltungsspielraum** bei generellen, geringerer bei selektiven Abzugsverboten

10



Objektives Nettoprinzip/Leistungsfähigkeitsprinzip

- „**Managergehälter**“ (VfSlg 19.933/2014)
 - Abzugsverbot für Vergütungen über 500.000 € verfassungskonform, Lenkungsmaßnahmen zulässig
- **Freiwillige Abfertigungen, Sozialplanzahlungen** (VfSlg 20.538/2022)
 - Abzugsverbot für freiwillige Abfertigungen grundsätzlich **verfassungskonform**
 - **Verfassungswidrigkeit** des Abzugsverbots für Sozialplanzahlungen, Abzugsverbot mit dem Ziel eines Sozialplanes, die Interessen älterer Arbeitnehmer zu schützen, unvereinbar, Gleichbehandlung ungleicher SV
- **Ausschluss bestimmter Arten von Rückstellungen** (VfSlg 8.457/78, VfSlg 15.040/1997, VfSlg 16.759/2002, VfSlg 17.067/2003, VfSlg 20.421/2020)
 - Gänzliche Versagung oder nur teilweiser Ansatz wäre **verfassungskonform**, weil Aufwand nur in die Zukunft verschoben wird
 - Wenn Gesetzgeber Abzug zulässt, dann bei Ausgestaltung an **Gleichheitssatz** gebunden

11



Objektives Nettoprinzip/Leistungsfähigkeitsprinzip in der ESt

- **Schedulensysteme** bei Kapital- und Immobilieneinkünften (VfSlg 14.784/1997, VfSlg 15.229/1998, VfSlg 20.167/2017, VfSlg 20.219/2017)
 - Abzugsverbote **verfassungsrechtlich zulässig**, die niedrigeren Steuersatz oder Steuerfreiheit ausgleichen sollen; **keine Rechtfertigung**, wenn Aufwendungen unmittelbar mit normalbesteuerten Erträgen zusammenhängen (zB bei Regelbesteuerungsoption)
- **Spekulationsgeschäfte** (VfSlg 13.724/1994, VfSlg 16.760/2002)
 - Abzugsverbot für Zinsen **verfassungswidrig**, relatives Verlustausgleichsverbot bei nachträglichen WK verfassungswidrig, gestreckter Tatbestand erforderlich)
- **Steuerfreiheit von Trinkgeldern bei Arbeitnehmern** (VfSlg 18.549/2008)
 - Nichtbesteuerung **verfassungskonform**, Rechtfertigung durch Schwierigkeit bei richtiger Erfassung (Verwaltungsökonomie)
 - Aber: grundsätzlich Verstoß gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip, Vollzugsschwierigkeiten an sich keine Rechtfertigung

12



Verlustverwertung

- Sehr ausdifferenzierte Regelungen für einzelne Einkunftsarten zulässig
- **Verlustausgleich** in der synthetischen Einkommensteuer verfassungsrechtlich grundsätzlich geboten (Ausnahmen zulässig, zB Spekulationseinkünfte)
- Das Leistungsfähigkeitsprinzip begründet (zumindest im außerbetrieblichen Bereich) keine grundsätzliche Verpflichtung, einen **Verlustvortrag** vorzusehen, die konkrete Ausgestaltung wird aber am Gleichheitssatz gemessen
- In **Schedulensystemen** kein genereller Verlustausgleich sowie Verlustvortrag erforderlich

13



Verlustverwertung

- Verluste bei Kommanditisten, **Wartetaste** (VfSlg 10.731/1985): Für Verluste, die ein Steuerpflichtiger tatsächlich wirtschaftlich tragen muss, muss es einen Verlustausgleich geben
- Fehlender Verlustvortrag bei **Vermietungseinkünften** (VfSlg 13.296/1992, 17.091/2003, 19.185/2010): Ausschluss grundsätzlich zulässig, wenn ein angepasstes System der Aufwandsberücksichtigung besteht
- Fehlender Verlustvortrag bei **nicht selbständigen Einkünften** (E 1701/2016-11): Der Gesetzgeber ist nicht verpflichtet, eine dem Verlustvortrag vergleichbare Verlustberücksichtigung bei allen Einkunftsarten vorzusehen
- Verlustausgleichs/Vortragsbeschränkungen in **Schedulensystemen** (Kapitalvermögen VfSlg 20.442/2021, Immobilienveräußerung VfSlg 20.219/2017): keine Verfassungswidrigkeit eines eingeschränkten Verlustausgleichs in der Schedule, keine Verfassungswidrigkeit eines fehlenden Verlustvortrages bei Kapitalvermögen, keine Verletzung des Gleichheitssatzes im Vergleich zu betrieblichen Einkünften

14



Familienbesteuerung

- **Ehegattenunterhalt** (VfSlg 13.067/1992, 13.297/1992, 19.517/2011) - **keine** einkommensteuerliche **Berücksichtigung erforderlich**
 - Aufgabenverteilung in der Familie unterliegt weitgehend der Disposition der Ehegatten und ist insofern als Sache privater Lebensgestaltung oder persönlichen Risikos anzusehen
- **Kindesunterhalt/Kinderlasten** (VfSlg 12.941/1991, 14.992/1997, 16.026/2011, 16.226/2001, 16.562/2002, 18.791/2009) – einkommensteuerliche **Nichtberücksichtigung verfassungswidrig**,
 - Es müssen zumindest 50% der Unterhaltslasten abgezogen werden können, Pauschalierung zulässig
 - Sicherstellung horizontaler Steuergerechtigkeit (ungleiches ungleich bzw gleiches gleich behandeln)
 - Bloße Berücksichtigung eines Mindestunterhalts wäre nicht ausreichend.
 - Aber Berücksichtigung über Transfers (Familienbeihilfe) zulässig
 - Bei Kindern in Drittstaatsfällen (kein Bezug von Transfers) unmittelbarer Abzug vom steuerpflichtigen Einkommen

15



Erbschaftsteuer

- **Verfassungswidrigkeit** des Bemessungsgrundlage-Systems der Erbschaftsteuer – Aufhebung des Grundtatbestandes (VfSlg 18.093/2007)
- Bewertung von Grundstücken mit dem (3fachen) **Einheitswert** gleichheitswidrig, weil der Wert von Zufälligkeiten abhängt und keinen realistischen Wert widerspiegelt (mangels aktueller Einheitswertfeststellungen)
- **Volle Besteuerung** mit Verkehrswert wäre ebenfalls **gleichheitswidrig** wegen unzulässiger Gleichbehandlung mit Finanz- und Mobilienvermögen → hohe Freibeträge oder niedriger Tarif könnten das ausgleichen
- Befreiungen in der Erbschaftsteuer (zB bestimmte Kapitalanteile, Unternehmensübertragungen) bei voller Besteuerung der Grundstücke gleichheitswidrig
- Ausgestaltung entsprach nicht dem Belastungskonzept der Steuer

16



Grundrechtsschutz aus österreichischer Perspektive - Resümee

- Kaum verfassungsrechtliche Vorgaben für die grundsätzliche Ausgestaltung von Steuergesetzen (rechts- und verteilungspolitische Fragen)
- Solange nicht in den Kernbereich der Schutzwirkungen des Gleichheitssatzes eingegriffen wird, großer Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers
- Schranken durch Ordnungssystemjudikatur gering, ein sachlicher Grund für Differenzierungen reicht aus
- Lenkungsmaßnahmen können ergriffen werden, dürfen nur nicht völlig ungeeignet zur Zielerreichung sein, Gesetzgeber hat dabei einen Einschätzungs- und Prognosespielraum
- Zielkonflikte mit anderen Rechtsmaterien können zur Verfassungswidrigkeit führen (Wertungswidersprüche)
- Ziele bzw. Gründe müssen nicht vorab in Gesetzesmaterialien genannt werden, sie können auch „nachbegründet“ werden

17

48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

Grundrechtsschutz im Ertragsteuerrecht

Dr. Joachim Strohm, München

GLIEDERUNG

- A. Einführung**
- B. Der Gleichheitssatz als Garant der Steuergerechtigkeit**
 - I. Allgemeines**
 - II. Ungleichbehandlungen im Ertragsteuerrecht**
 - III. Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen**
- C. Die Freiheitsrechte als Begrenzung des Steuereingriffs**
 - I. Allgemeines**
 - II. Ertragbesteuerung als Grundrechtseingriff**
 - III. Verhältnismäßigkeit der Ertragbesteuerung**
- E. Ergebnisse**

A. EINFÜHRUNG

A. EINFÜHRUNG

- **Ertragsteuern** sind alle Steuern auf den **Vermögenszuwachs**, also das **Einkommen** oder den Gewinn. Zu den **Ertragsteuern** gehören **vor allem** die **Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer**. Außerdem fallen hierunter der **Solidaritätszuschlag** und die **Kirchensteuer**.
- Der **Staat** ist bei der **Erhebung von Ertragsteuern**, wie bei **allen staatlichen Eingriffen**, an die **Grundrechte** gebunden. Gerade bei den **Ertragsteuern** erfährt der **Grundrechtsschutz** aber eine **besondere Aufmerksamkeit**, da der **staatliche Eingriff** hier **besonders deutlich** wird.
- **Zentrale Norm** des **Grundrechtsschutzes im Ertragsteuerrecht** ist **allgemeine Gleichheitssatz**, der die **gerechte Verteilung der Steuerlasten** gewährleistet. Der **Grundrechtsschutz** durch die **Freiheitsrechte** ist dagegen **weniger stark ausgeprägt**, was **kritisch zu hinterfragen** ist.

B. DER GLEICHHEITSSATZ ALS GARANT DER STEUERGERECHTIGKEIT

I. ALLGEMEINES

B. DER GLEICHHEITSSATZ ALS GARANT DER STEUERGERECHTIGKEIT I. ALLGEMEINES

- Der **allgemeine Gleichheitssatz** ist die **Fundamentalnorm** für den **Grundrechtsschutz im Ertragsteuerrecht**. Die **Vorschrift** wurde von **Rechtsprechung und Wissenschaft** über viele Jahrzehnte zum zentralen **Garanten der Steuergerechtigkeit** entwickelt.
- **Art. 3 Abs. 1 GG** schützt den **Einzelnen** insbesondere im **Ertragsteuerrecht** vor einer **ungleichmäßigen Besteuerung** und **gewährleistet**, dass **alle Bürger** ohne Unterschied im **Verhältnis ihrer Mittel zur Finanzierung des Gemeinwesens** herangezogen werden.

II. UNGLEICHBEHANDLUNGEN IM ERTRAGSTEUERRECHT

B. DER GLEICHHEITSSATZ ALS GARANT DER STEUERGERECHTIGKEIT II. UNGLEICHBEHANDLUNGEN IM ERTRAGSTEUERRECHT

1. Gewährleistungsgehalt des Gleichheitssatzes

- Nach **Art. 3 Abs. 1 GG** sind vor dem Gesetz **alle Menschen gleich**. Das **BVerfG** entnimmt diesem **sehr allgemeinen Rechtsgrundsatz** das Gebot der **Gleichbehandlung von wesentlich Gleichem** und der **Ungleichbehandlung von wesentlich Ungleichem**.
- **Art. 3 Abs. 1 GG** fordert unmittelbar die Gleichheit **vor dem Gesetz**, richtet sich also an die **Exekutive** und die **Judikative (Rechtsanwendungsgleichheit)**. Über **Art. 1 Abs. 3 GG** ist aber auch die **Legislative** an Art. 3 Abs. 1 GG gebunden (**Rechtssetzungsgleichheit**).
- Der **allgemeine Gleichheitssatz** gilt sowohl für **Inländer** als auch für **Ausländer**. Über **Art. 19 Abs. 3 GG** können sich darüber hinaus **inländische juristische Personen** auf Art. 3 Abs. 1 GG berufen. **Ausländische juristische Personen** werden grundsätzlich nicht erfasst.

B. DER GLEICHHEITSSATZ ALS GARANT DER STEUERGERECHTIGKEIT

II. UNGLEICHBEHANDLUNGEN IM ERTRAGSTEUERRECHT

2. Konkretisierungen im Ertragsteuerrecht

- **Art. 3 Abs. 1 GG** enthält **keine Aussage** darüber, was als **wesentlich Gleich** oder **wesentlich Ungleich** anzusehen ist. Der **allgemeine Gleichheitssatz** erweist sich insofern als **Leerformel**. **Zentrales Merkmal** sind seine **Maßstabslosigkeit** und sein **Blankettcharakter**.
- Die Norm muss daher **konkretisiert werden**. Diese Konkretisierung kann **nicht abstrakt**, sondern **nur konkret** für den jeweiligen **Sachbereich** erfolgen. **Maßstabsbildend** sind insofern vor allem die **Grundrechte** und **andere verfassungsrechtliche Grundsätze**.
- Im **Ertragsteuerrecht** erfolgt die **erforderliche bereichsspezifische Konkretisierung** des **allgemeinen Gleichheitssatzes** in erster Linie durch das **Leistungsfähigkeitsprinzip** und das **Folgerichtigkeitsgebot**, die beide **eng miteinander verbunden** sind.

B. DER GLEICHHEITSSATZ ALS GARANT DER STEUERGERECHTIGKEIT

II. UNGLEICHBEHANDLUNGEN IM ERTRAGSTEUERRECHT

3. Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit

- Das **Leistungsfähigkeitsprinzip** folgt aus dem **allgemeinen Gleichheitssatz** und fordert, den staatlichen Steuereingriff an der **wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit** auszurichten. **Gleichheit im Steuerrecht** heißt also **gleiche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**.
- **Entsprechend** sind gleich leistungsfähige Steuerpflichtige **gleich zu hoch** besteuern (**horizontale Steuergerechtigkeit**), während unterschiedlich leistungsfähige Steuerpflichtige **unterschiedlich hoch** zu besteuern sind (**vertikale Steuergerechtigkeit**).
 - Das **Leistungsfähigkeitsprinzip** gilt besonders strikt im **Einkommensteuerrecht** und wird dort durch das **subjektive Nettoprinzip** und das **objektive Nettoprinzip** konkretisiert.
 - Auch im **Körperschaftsteuerrecht** und **Gewerbsteuerrecht** ist das **objektive Nettoprinzip** zu beachten. Das **subjektive Nettoprinzip** erlangt mangels Privatsphäre **keine Bedeutung**.

B. DER GLEICHHEITSSATZ ALS GARANT DER STEUERGERECHTIGKEIT

II. UNGLEICHBEHANDLUNGEN IM ERTRAGSTEUERRECHT

4. Folgerichtigkeit bei Belastungsentscheidungen

- Das **Folgerichtigkeitsgebot** gebietet, **einmal getroffene Belastungsentscheidungen** folgerichtig **im Sinne der Belastungsgleichheit** umzusetzen. Auch beim **Folgerichtigkeitsgebot** handelt es sich um eine Ausprägung des **allgemeinen Gleichheitssatzes**.
- Aufgrund des **Folgerichtigkeitsgebots** ist der **Gesetzgeber** bei der **Ausgestaltung seiner Belastungsentscheidungen** an ein **hinreichendes Maß** an **Rationalität und Abgewogenheit** gebunden. Er muss **konsequent und nachvollziehbar** handeln.
- **Zu beachten ist**, dass das **Folgerichtigkeitsgebot nicht** zur Lösung **komplexer dogmatischer Streitfragen** geeignet ist. Auch schließt das **Folgerichtigkeitsgebot** keinen **Systemwechsel** aus, solange dieser ein **Mindestmaß an konzeptioneller Neuorientierung** aufweist.

III. RECHTFERTIGUNG VON UNGLEICHBEHANDLUNGEN

B. DER GLEICHHEITSSATZ ALS GARANT DER STEUERGERECHTIGKEIT

III. RECHTFERTIGUNG VON UNGLEICHBEHANDLUNGEN

1. Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen

- **Art. 3 Abs. 1 GG** regelt nicht, **wann** eine **Ungleichbehandlung** von **wesentlich Gleichem** oder eine **Gleichbehandlung** von **wesentlich Ungleichem gerechtfertigt** ist. Die **Anforderungen** des **BVerfG** an eine **Rechtfertigung** haben sich über die Jahrzehnte mehrfach **gewandelt**:
 - **Willkürverbot**: Zunächst wurde der allgemeine Gleichheitssatz vom BVerfG als **bloßes Willkürverbot** verstanden. Ungleichbehandlungen sollten bereits dann verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein, wenn sich für diese **ein aus der Natur der Sache oder sonst einleuchtender Grund** finden ließ.
 - **Neue Formel**: Später näherte sich das BVerfG einer **Verhältnismäßigkeitsprüfung** an und sah den allgemeinen Gleichheitssatz dann als verletzt an, wenn zwischen zwei Gruppen keine Unterschiede **von solcher Art und solchem Gewicht** bestehen, dass sie eine Ungleichbehandlung rechtfertigen können.
 - **Stufenloser Prüfungsmaßstab**: Heute verwendet das BVerfG einen **stufenlosen**, am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit orientierten Prüfungsmaßstab, dessen **Inhalt und Grenzen** sich **nicht abstrakt**, sondern nur nach dem **jeweils betroffenen Sach- und Regelungsbereich** bestimmen lassen.

B. DER GLEICHHEITSSATZ ALS GARANT DER STEUERGERECHTIGKEIT

III. RECHTFERTIGUNG VON UNGLEICHBEHANDLUNGEN

2. Konkretisierungen im Ertragsteuerrecht

- Im **Ertragsteuerrecht** hat der Gesetzgeber bei der **Auswahl des Steuergegenstandes** und bei der **Bestimmung des Steuersatzes** einen **weitreichenden Entscheidungsspielraum**. Insofern erweist sich der **allgemeine Gleichheitssatz** als **bloßes Willkürverbot**.
- Eine **einmal getroffene Belastungsentscheidung** ist jedoch **folgerichtig** im Sinne der **Belastungsgleichheit** umzusetzen. **Ausnahmen** hiervon bedürfen eines **besonderen sachlichen Grundes**, was auf eine **Verhältnismäßigkeitsprüfung** hinausläuft.
- Als **besondere sachliche Gründe** erkennt das **BVerfG** vor allem **außerfiskalische Lenkungs- und Förderungszwecke** und **Typisierungs- und Vereinfachungserfordernisse** an, **nicht** jedoch den **rein fiskalischen Zweck** der staatlichen Einnahmeerzielung.

B. DER GLEICHHEITSSATZ ALS GARANT DER STEUERGERECHTIGKEIT

III. RECHTFERTIGUNG VON UNGLEICHBEHANDLUNGEN

3. Rechtfertigung von Sozialzwecknormen

- **Sozialzwecknormen** zielen im **Ertragsteuerrecht** auf eine **mittelbare Verhaltenssteuerung** von **Wirtschaft und Gesellschaft** indem sie **steuerliche Belastung** von **unerwünschtem Verhalten** oder eine **steuerliche Verschonung** von **erwünschtem Verhalten** vorsehen.
- Der **Gesetzgeber** ist grundsätzlich **nicht gehindert** im **Ertragsteuerrecht** Lenkungs- und Förderzwecke zu verfolgen. Als **Rechtfertigungsgrund für Ungleichbehandlungen** kommen **Lenkungs- und Förderzwecke** aber nur unter **folgenden Voraussetzungen** in Betracht:
 - **Ziel und Grenze** der Lenkung müssen hinreichend **tatbestandlich vorgezeichnet** oder jedenfalls von einer **erkennbaren gesetzgeberischen Entscheidung** getragen sein.
 - Die **Ausgestaltung des Förderungs- und Lenkungszwecks** muss **gleichheitsgerecht** erfolgen. Der Gesetzgeber darf sich nicht von **unsachlichen Gesichtspunkten** leiten lassen.

B. DER GLEICHHEITSSATZ ALS GARANT DER STEUERGERECHTIGKEIT

III. RECHTFERTIGUNG VON UNGLEICHBEHANDLUNGEN

4. Verfolgung von Vereinfachungszwecken

- Mit **Vereinfachungszwecknormen** will der Gesetzgeber das **Ertragsteuerrecht vereinfachen und praktikabler** ausgestalten. Dieses Ziel soll **vor allem** mit **Typisierungen, Pauschalierungen, Freibeträgen** und **Freigrenzen** erreicht werden.
- Der **Gesetzgeber** darf grundsätzlich **generalisierende, typisierende und pauschalierende** Regelungen **treffen**. **Ungleichbehandlungen** können **Vereinfachungszwecke** aber nur unter **folgenden Voraussetzungen** rechtfertigen:
 - Der Gesetzgeber darf **keinen atypischen Fall** als Leitbild wählen, sondern muss realitätsgerecht den typischen Fall als Maßstab zugrunde legen.
 - Die Vorteile der Typisierung müssen **im rechten Verhältnis** zu der mit ihr notwendig verbundenen Ungleichbehandlung stehen.

C. DIE FREIHEITSRECHTE ALS BEGRENZUNG DES STEUEREINGRIFFS

I. ALLGEMEINES

C. DIE FREIHEITSRECHTE ALS BEGRENZUNG DES STEUEREINGRIFFS

I. ALLGEMEINES

- Die **Freiheitsrechte**, vor allem die **allgemeine Handlungsfreiheit des Art. 2 Abs. 1 GG**, die **Berufsfreiheit des Art. 12 Abs. 1 GG** und die **Eigentumsgarantie des Art. 14 Abs. 1 GG**, haben **bisher** nur **eingeschränkte Bedeutung** für den **Grundrechtsschutz im Ertragsteuerrecht** erlangt.
- Zwar schützen die **Freiheitsrechte** den Einzelnen im **Ertragsteuerrecht** im Grundsatz vor einer **übermäßigen Besteuerung**. **Bislang** konnte jedoch aus den **Freiheitsrechten** keine **allgemein akzeptierte Belastungsobergrenze** für den **staatlichen Steuerzugriff** abgeleitet werden.

II. ERTRAGBESTEUERUNG ALS GRUNDRECHTSEINGRIFF

C. DIE FREIHEITSRECHTE ALS BEGRENZUNG DES STEUEREINGRIFFS

II. ERTRAGBESTEUERUNG ALS GRUNDRECHTSEINGRIFF

1. Gewährleistungsgehalt der Freiheitsrechte

- Die **allgemeine Handlungsfreiheit** des **Art. 2 Abs. 1 GG** schützt als **Auffanggrundrecht** jede Form **menschlichen Handelns** ohne Rücksicht darauf, **welches Gewicht** der Betätigung **für die Persönlichkeitsentfaltung** zukommt.
- Die **Berufsfreiheit** des **Art. 12 Abs. 1 GG** gewährleistet als **einheitliches Grundrecht** das **Recht**, einen **Beruf frei zu wählen und auszuüben** und garantiert die **freie Entfaltung der Persönlichkeit im beruflichen Bereich**.
- Die **Eigentumsgarantie** des **Art. 14 Abs. 1 GG** schützt **alle vermögenswerten Rechte**, die dem Einzelnen in der Weise **zugeordnet sind**, dass er die **damit verbundenen Befugnisse** zu seinem **privaten Nutzen** ausüben darf.

C. DIE FREIHEITSRECHTE ALS BEGRENZUNG DES STEUEREINGRIFFS

II. ERTRAGBESTEUERUNG ALS GRUNDRECHTSEINGRIFF

2. Grundrechtseingriff und Ertragsteuerrecht

- **Ertragsteuern** stellen nach allgemeiner Ansicht **jedenfalls** einen **Eingriff** in die **allgemeine Handlungsfreiheit** des **Art. 2 Abs. 1 GG** dar, da der Einzelne **zu einer Geldzahlung verpflichtet wird, ohne dass** er sich **freiwillig dafür** entschieden hat.
- In die **Berufsfreiheit** des **Art. 12 Abs. 1 GG** greifen **Ertragsteuern** dann ein, wenn sie dem Einzelnen die **Erträge** aus der **Ausübung seines Berufs** entziehen und damit **in einem engen Zusammenhang** mit der **Berufsausübung** stehen.
- Von einem **Eingriff** in die **Eigentumsgarantie** des **Art. 14 Abs. 1 GG** ist auszugehen, wenn **Ertragsteuern** dem Einzelnen die **Erträge** aus der **Nutzung seines Eigentums** entziehen und damit die **Eigentumsnutzung** beschränken.

III. VERHÄLTNISMÄßIGKEIT DER ERTRAGBESTEUERUNG

C. DIE FREIHEITSRECHTE ALS BEGRENZUNG DES STEUEREINGRIFFS III. VERHÄLTNISMÄßIGKEIT DER ERTRAGBESTEUERUNG

1. Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen

- **Eingriffe** in die **allgemeine Handlungsfreiheit des Art. 2 Abs. 1 GG**, die **Berufsfreiheit des Art. 12 Abs. 1 GG** und die **Eigentumsgarantie des Art. 14 Abs. 1 GG** sind nur dann **gerechtfertigt**, wenn sie **verhältnismäßig** sind.
 - **Legitimität:** Der mit der staatlichen Maßnahme **verfolgte Zweck** muss **legitim**, also mit den **Vorgaben der Verfassung** vereinbar sein.
 - **Geeignetheit:** Die staatliche Maßnahme ist **geeignet**, wenn der **verfolgte Zweck** damit **erreicht** oder **zumindest gefördert** werden kann.
 - **Erforderlichkeit:** **Erforderlich** ist die staatliche Maßnahme, wenn es **kein milderer Mittel** gibt, welches zur Erreichung des Zwecks **gleich gut geeignet** ist.
 - **Angemessenheit:** Die staatliche Maßnahme ist **angemessen**, wenn der angestrebte Zweck **nicht außer Verhältnis** zur **Schwere des Eingriffs** steht.

C. DIE FREIHEITSRECHTE ALS BEGRENZUNG DES STEUEREINGRIFFS

III. VERHÄLTNISMÄßIGKEIT DER ERTRAGBESTEUERUNG

2. Unzulässigkeit von Erdrosselungsteuern

- **Legitimität, Geeignetheit und Erforderlichkeit** der **Ertragsbesteuerung** zur **Finanzierung des Gemeinwesens** können grundsätzlich **bejaht** werden. Die Prüfung der Verhältnismäßigkeit **konzentriert sich damit** auf die Frage der **Angemessenheit**.
- Im Rahmen der **Angemessenheitsprüfung** ist der mit der **Ertragbesteuerung angestrebte Zweck**, d.h. die **Finanzierung des Gemeinwesens**, ins Verhältnis zur **Schwere des Eingriffs**, d.h. die **Steuerhöhe**, zu setzen.
- **Unangemessen** sind damit **jedenfalls Ertragsteuern**, die **erdrosselnde Wirkung** haben, weil durch sie die **freie Entfaltung der Persönlichkeit** im **beruflichen oder vermögensrechtlichen Bereich wirtschaftlich sinnlos wird**.

C. DIE FREIHEITSRECHTE ALS BEGRENZUNG DES STEUEREINGRIFFS

III. VERHÄLTNISMÄßIGKEIT DER ERTRAGBESTEUERUNG

3. Freiheitsrechtliche Belastungsobergrenze

- Für eine **weitergehende Begrenzungen** des **staatlichen Steuereingriffs** ist das **Primat der Selbstverantwortung** in den Blick zu nehmen, wonach der Einzelne **die Möglichkeit hat**, aber auch **darauf verwiesen ist**, seinen Lebensunterhalt **selbst zu verdienen**.
- **Hieraus** lässt sich ein **Vorrang der Privatnützigkeit wirtschaftlichen Handelns** ableiten. Dieser **Vorrang** gilt sowohl für die **ertragsbringende Ausübung eines Berufs** als auch für die **ertragsbringende Nutzung des Eigentums**.
- **Daraus folgt**, dass durch Ertragsteuern **nicht mehr als die Hälfte** der durch die Berufsausübung oder Eigentumsnutzung **erzielten Erträge abgeschöpft werden darf**. Ansonsten würde der Einzelne **primär fremd-** und nicht mehr **primär eigennützig** tätig.

C. DIE FREIHEITSRECHTE ALS BEGRENZUNG DES STEUEREINGRIFFS

III. VERHÄLTNISMÄßIGKEIT DER ERTRAGBESTEUERUNG

4. Folgefragen eines Halbteilungsgrundsatzes

- Es stellt sich die **Frage**, welche **Steuern** bei der **Anwendung des Halbteilungsgrundsatzes** zu berücksichtigen sind. Da **jede Steuer** einen **eigenen Grundrechtseingriff** darstellt, führt dies zur Rechtsfigur des **additiven Grundrechtseingriffs**.
- Die **Auswirkungen additiver Grundrechtseingriffe** durch **mehrere Steuern** auf die **Prüfung der Angemessenheit** ist **bislang nicht abschließend geklärt**. **Sachgerecht** erscheint es, **bei der Frage der Addition** auf den **Steuergegenstand** abzustellen.
 - **Einzubeziehen** in die Basis eines Halbteilungsgrundsatzes sind damit jedenfalls **alle Steuern** auf den **Vermögenszuwachs**, d.h. die **Einkommen-, die Körperschaft- und die Gewerbesteuer**.
 - **Nicht zu berücksichtigen** sind dagegen die **Steuern** auf den **Vermögensbestand** einschließlich des **unentgeltlichen Vermögenstransfers** und die **Vermögensverwendung**.

D. ERGEBNISSE

D. ERGEBNISSE

- Der **allgemeine Gleichheitssatz** ist die **Fundamentalnorm** des **Grundrechtsschutzes im Ertragsteuerrecht** und schützt den **Einzelnen** vor einer **ungleichmäßigen Besteuerung**.
 - Im **Ertragsteuerrecht** wird der **allgemeine Gleichheitssatz** des Art. 3 Abs. 1 GG durch den Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen **Leistungsfähigkeit** und das Gebot der **Folgerichtigkeit konkretisiert**.
 - **Durchbrechungen** dieser Grundsätze müssen durch **besondere sachliche Gründe** gerechtfertigt sein. Denkbar sind insofern vor allem **Lenkungs- und Förderungszwecke** und **Typisierungs- und Vereinfachungserfordernisse**.
- Die **Freiheitsrechte** müssen für den **Grundrechtsschutz im Ertragsteuerrecht dringend aktiviert werden**. Der **Einzelne** muss effektiv vor **übermäßiger Besteuerung** geschützt sein.
 - **Ertragsteuern** greifen in die **Berufsfreiheit** und die **Eigentumsgarantie** ein, wenn sie dem Einzelnen die **Erträge** aus der **Berufsausübung** oder **Eigentumsnutzung entziehen**. Dieser Eingriff muss **verhältnismäßig** sein.
 - **Unzulässig** sind danach jedenfalls **Erdrosselungsteuern**. **Darüber hinaus** darf durch Ertragsteuern **nicht mehr als die Hälfte der Erträge** entzogen werden, da der Einzelne ansonsten **nicht mehr primär eigennützig** tätig wird.

48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

**Grundrechtsschutz im europäisierten internationalen
Unternehmenssteuerrecht**

RiBFH Dr. Ruben Martini, München

- A. Einführung und Einordnung des Themas
- B. Verhältnis des sekundären Unionsrechts und seiner Umsetzung durch die Mitgliedstaaten zu nationalen und unionalen Grundrechten
- C. Grundrechtsrelevante Besonderheiten des europäisierten internationalen Unternehmenssteuerrechts
 - I. Mindestschutzkonzept
 - 1. Immunisierung überschießender Regelungen?
 - 2. Identifizierung von *aliud*-Regelungen
 - II. Rechtsformabhängigkeit
 - 1. Gleichlauf des sekundärrechtlichen persönlichen Anwendungsbereichs und nationaler Umsetzung
 - 2. Überschießende Umsetzung
- D. Grundrechtsschutz: Vorabentscheidungsverfahren und konkrete Normenkontrolle
 - I. Serielle Vorlageverfahren bei in Frage stehender Primärrechtswidrigkeit des Sekundärrechts
 - II. Parallele Vorlageberechtigungen im nicht vollharmonisierten Bereich
- E. Ausblick

48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

Grundrechtsschutz bei den indirekten Steuern

Prof. Dr. David Hummel, EuGH/Leipzig

Gliederung

- I. Einleitung
- II. Befund: Mehrwertsteuer und Grundrechte
- III. Der Neutralitätsgrundsatz – Primärrecht oder bloße Auslegungsregel?
 - 1. Rolle des Unternehmers im Mehrwertsteuersystem
 - 2. Gleichbehandlung der Unternehmer oder Leistungsempfänger untereinander
- IV. Die konkrete Reichweite des Neutralitätsgrundsatzes
 - 1. Unmittelbare Anwendung „des Neutralitätsgrundsatzes“?
 - 2. Gleiche Besteuerung ähnlicher Verbrauchsgüter?
 - 3. Rechtfertigung einer differenzierenden Besteuerung von analogem und virtuellem Glücksspiel
- V. Grundrechtsschutzlücke in grenzüberschreitenden Konstellationen, die zu einer Doppelbesteuerung führen?
 - 1. Keine Bindungswirkung der zeitlich ersten Steuerfestsetzung
 - 2. Divergierende Auslegung der Bestimmungen zum Leistungsort
 - 3. Divergierende Würdigung des zugrundeliegenden Sachverhalts
 - 4. Lösung durch den Gerichtshof
- VI. Zusammenfassung

Zusammenfassung

1. Der Grundrechtsschutz bei indirekten Steuern durch den EuGH (dies schließt die Schlussanträge der Generalanwälte ein) steckt zwar noch in den Anfängen, nimmt aber in den Entscheidungen des Gerichtshofs mehr und mehr zu. Derzeit erfasst er jedoch häufiger die Justizgrundrechte und Freiheitsgrundrechte und weniger den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz aus Art. 20 der Charta.
2. Die Funktion des Art. 20 der Charta wird im Mehrwertsteuerrecht häufig durch den Neutralitätsgrundsatz wahrgenommen, der aber – soweit er die Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen oder der Steuerträger betrifft – entgegen der Ansicht des EuGH als eine primärrechtliche Ausprägung des Art. 20 der Charta und nicht als bloße Auslegungsregel anzusehen ist.
3. Unabhängig davon gewährt sowohl Art. 20 der Charta als auch der Neutralitätsgrundsatz dem Gesetzgeber (Unionsgesetzgeber wie dem nationalen Gesetzgeber) einen gewissen Entscheidungsspielraum. Er bildet einen Rahmen, in dem der Gesetzgeber gestaltend tätig werden kann und steht daher auch nur einer unterschiedlichen Besteuerung *derselben, d.h. substituierbaren* Verbrauchsgüter entgegen.
4. Die Verschaffung *unterschiedlicher* Verbrauchsgüter kann mithin auch unterschiedlich besteuert werden. Was unterschiedliche und was identische Verbrauchsgüter sind, kann dabei nur aus der Perspektive eines Durchschnittsverbrauchers beurteilt werden, wobei diese Beurteilung gewaltenteilungstechnisch primär dem Gesetzgeber obliegt. Die Judikative – seien es die nationalen Gerichte, sei es der EuGH – kann diese Beurteilung nur eingeschränkt überprüfen. Mithin können nur offensichtliche Fehlbeurteilungen des Gesetzgebers aufgegriffen werden. Dem EuGH kann diese Zurückhaltung mittlerweile konstatiert werden.
5. Der Grundrechtsschutz versagt jedoch derzeit in grenzüberschreitenden Konstellationen, in denen die Mitgliedstaaten den Sachverhalt in einer Art und Weise unterschiedlich würdigen, die sich denklogisch ausschließen, wenn und soweit der EuGH bei seiner Auffassung bleibt, für divergierende Sachverhaltswürdigungen im Vorabentscheidungsersuchen nicht zuständig zu sein.

48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

**Besondere Steuerregime (Steuervergünstigungen,
EU-Beihilferecht und Wettbewerbsgleichheit)**

Univ.-Prof. Dr. Benjamin Straßburger, Mannheim

- I. Begriffliche Annäherung
- II. Besondere Steuerregime als Problem des Verfassungsrechts
 - 1. Privilegienfeindlichkeit des Grundgesetzes
 - 2. Gestaltung der Steuerrechtsordnung bedingt Differenzierung
 - 3. Korrektivfunktion des Allgemeinen Gleichheitssatzes (Art. 3 Abs. 1 GG)
 - a) Wesentliche Elemente der Gleichheitssatzdogmatik des BVerfG
 - aa) Zwei Ebenen der Steuergesetzgebung
 - bb) Steuerwürdigkeitsentscheidung: Weitgehende Gestaltungsfreiheit
 - cc) Normierung konkreter Belastungsfolgen: Erwartung der Folgerichtigkeit
 - b) Kritische Würdigung im Spiegel besonderer Steuerregime
 - aa) Rechtsetzungsgleichheit drängt auf rationales Differenzieren
 - bb) Determinanten rationaler Steuerwürdigkeitsentscheidungen
 - (1) Insbesondere: Das Leistungsfähigkeitspostulat
 - (2) Insbesondere: Das Allgemeinheitspostulat
 - cc) Folgerichtige versus sonderhafte Belastungsfolgen
 - (1) Steuerwürdigkeitsentscheidung definiert Besteuerungsnormalität
 - (2) Abweichung von der Besteuerungsnormalität bedarf der Rechtfertigung
 - (3) Gleichheitsgrundrechtliche Kontrolldichte variiert
- III. Besondere Steuerregime als Problem des EU-Primärrechts
 - 1. EU-Beihilfenverbot (Art. 107–109 AEUV)
 - a) Binnenmarktfinale Intensivierung des Folgerichtigkeitsgebots
 - b) Steuerwürdigkeitsentscheidung bleibt unberührt
 - 2. EU-Grundfreiheiten (Art. 34 f., 45, 49, 56, 63 AEUV)
 - a) Binnenmarktfinale Intensivierung des Folgerichtigkeitsgebots
 - aa) Verhältnis zum EU-Beihilfenverbot: Komplementarität und Konkurrenz
 - bb) Vorrang des EU-Beihilfenverbots im Überschneidungsbereich
 - b) Verengung des Differenzierungsraums auf der Ebene der Steuerwürdigkeitsentscheidung
 - aa) Grenzübertritt kein tauglicher Anknüpfungspunkt für staatlichen Besteuerungsanspruch
 - bb) Verhältnis zum grundgesetzlichen Leistungsfähigkeits- und Allgemeinheitspostulat
- IV. Schlussbetrachtung

48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

Grundrechtsschutz durch Landesverfassungsgerichte

Univ.-Prof. Dr. Christian Seiler, Tübingen

I. Prozessualer Rahmen landesverfassungsgerichtlichen Grundrechtsschutzes

1. Abstrakte oder konkrete Normenkontrolle
2. Landesverfassungsbeschwerde

II. Materielle Maßstäbe landesverfassungsgerichtlicher Überprüfung

1. Landesverfassung als Maßstab
 - a) Eigenständige Verfassungsräume von Bund und Ländern
 - b) Landesverfassungsrecht und bundesverfassungsrechtliche Kompetenzordnung
2. Steuerrechtliche Vorgaben der Landesverfassungen
3. Landesgrundrechte und grundrechtsgleiche Rechte
 - a) Landesverfassungsrechtlicher Geltungsgrund
 - b) Verhältnis zu anderen Verbürgungen (Grundgesetz, EMRK, EU-Grundrechtecharta)

III. Gegenstände landesverfassungsgerichtlicher Überprüfung

1. Anwendung des Gerichts- und Verwaltungsverfahrenrechts
2. Rechtsanwendung bei bundesgesetzlich geregelten Steuern
3. Rechtsanwendung bei unionsrechtlich harmonisierten Steuern
4. Landesgesetzlich geregelte Steuern
 - a) Weitreichender Zugriff
 - b) Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern
 - c) Steuersatz der Grunderwerbsteuer
 - d) Abweichungsgesetzgebung bei der Grundsteuer

IV. Fazit

48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

**Besteuerungsverfahren im Lichte grundrechtlicher
Vorgaben**

Dr. Michael Myßen, Berlin

These

Das Verfahrensrecht hat verschiedene verfassungsrechtliche Vorgaben im Blick zu haben, die teilweise gegenläufig wirken. Das Austarieren der unterschiedlichen Interessen ist nicht immer einfach, das Verfahrensrecht stellt sich den Herausforderungen aber mit ausgewogenen Regelungen.

Gliederung

1. Einleitung
2. Mitwirkungspflichten
 - a) Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen als mildestes Mittel zur Erreichung eines gleichmäßigen Steuervollzugs
 - b) Mitwirkungspflichten Dritter als wirksamstes Mittel zur Erreichung eines gleichmäßigen Steuervollzugs
 - c) Beschränkung der Mitwirkungserfordernisse durch Umgestaltung des materiellen Rechts
 - (a) Reduzierung von Lenkungsnormen im Steuerrecht
 - (b) Typisierung und Pauschalierung
 - d) Mitwirkungspflichten im digitalen Besteuerungsverfahren
 - (a) Vorausgefüllte Steuererklärung und automatisierter Steuerbescheid
 - (b) Verwendung der steuerlichen Identifikationsnummer
 - (c) Once-Only-Prinzip
3. Umgang mit den von der Finanzverwaltung erhobenen Daten
 - a) Steuergeheimnis
 - b) Datenschutz
4. Wirtschaftlichkeit der Verwaltung und das Verifikationsprinzip
5. Anhörung im Besteuerungsverfahren

48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

**Automatisation im Lichte grundrechtlicher
Vorgaben**

Dr. Nils Weith, Berlin

Thesen und Gliederungspapier

These 1:

Das Ziel der Regierung und der Verwaltung, ist, die Digitalisierung und Entbürokratisierung der Steuerverwaltung voranzutreiben. Der Prozess beginnt mit der Automatisierung, also der Einführung von automatischen und digitalisierten Abläufen.

These 2:

Der Status Quo der Digitalisierung in der Finanzverwaltung stellt eine gute Basis dar und eignet sich als Ausgangspunkt zur weiteren Entwicklung und Nutzung zukünftiger Möglichkeiten.

These 3:

Die effektive Nutzung der sich in Zukunft bietenden Möglichkeiten der Digitalisierung setzt die Handhabbarkeit der Datenmengen voraus. Mit der Digitalisierung können Daten leichter gesammelt und effizienter ausgewertet werden. Durch Typisierung und Pauschalisierung lassen sich die erforderlichen Daten weiter verringern und komplexe Prüfprozesse abbauen.

These 4:

Der grundrechtliche Schutz gibt den Rahmen für die künftige Entwicklung der Digitalisierung in der Finanzverwaltung vor. Weitergehende Digitalisierungsmaßnahmen sind insbesondere am Gleichheitsgrundsatz, dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung, den Verfahrensgrundrechten und dem Bestimmtheitsgrundsatz zu messen.

These 5:

Der Bürger hat Anspruch auf eine effektive Verwaltung und lebt in einer sich wandelnden Gesellschaft. Mit dem steigenden Bedürfnis nach einer serviceorientierten Verwaltung („Once-Only-Prinzip“) erhöht sich zugleich die Bereitschaft, Daten im Austausch für Bürokratie-Erleichterungen preiszugeben. Damit könnte sich auch der Maßstab für die Rechtfertigung etwaiger Grundrechtseingriffe verändern.

48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

Grundrechtsschutz und Steuerinformationsrecht

PD Dr. Daniel Dürrschmidt, München

I. Hintergrund

II. Begriff des „Steuerinformationsrechts“ und (grund-)rechtliche Relevanz

1. Begriff des „Steuerinformationsrechts“
2. (Grund-)Rechtliche Relevanz des Steuerinformationsrechts

III. „Daten“ und „Informationen“ als Gegenstand des Grundrechtsschutzes

1. Einordnung
2. Daten-/informationsbezogene Grundrechte
 - a) Daten-/informationsbezogene Grundrechte als Bestandteil von Grundrechtskatalogen
 - b) (Bundes-)Verfassungsrecht
 - c) Unionsrecht
3. Abgrenzung der Anwendungsbereiche im Mehrebenensystem

IV. Grundrechtsschutz gegen und durch Steuerinformationsrecht in traditionellen und neueren Zusammenhängen

1. Einordnung
2. Informations-/Datenaustausch
3. Datenschutz
4. Künstliche Intelligenz (KI)
5. Auskunftsansprüche
 - a) Bedeutung von Auskunftsansprüchen
 - b) Heterogenität von Auskunftsansprüchen
 - aa) Akteneinsichtsrecht
 - bb) Datenschutzrechtliches Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO)
 - cc) Informationsfreiheitsrechtlicher Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen
 - dd) Weitere (mögliche) Auskunftsansprüche

V. Fazit mit Ausblick

48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

Grundrechtsschutz vor den Finanzgerichten

Thomas Sendke, Bonn

„Recht haben und Recht
bekommen sind zweierlei.“

Agenda

- 01** Die Rolle der Finanzgerichte beim Grundrechtsschutz
- 02** Problemfelder des finanzgerichtlichen Grundrechtsschutzes
- 03** Fazit und Ausblick

Kapitel 1

Die Rolle der Finanzgerichte
beim Grundrechtsschutz



Flick Gocke
Schaumburg

Die Rolle der Finanzgerichte beim Grundrechtsschutz

- Im Grundsatz haben die Finanzgerichte **keine Verwerfungskompetenz**; die Verwerfungskompetenz für formelle, nachkonstitutionelle Gesetze liegt beim BVerfG; die Verwerfungskompetenz für das Sekundärrecht liegt beim EuGH.
- Davon abgesehen kommt den Finanzgerichten aber eine bedeutende Rolle bei der Sicherstellung eines wirksamen Grundrechtsschutzes zu:
 - Verpflichtung zur **verfassungskonformen Auslegung** (zuletzt etwa BFH v. 13.9.2023 – II R 49/21; nicht aber: verfassungskonforme Rechtsfortbildung, s. BVerfG v. 28.11.2023 – 2 BvL 8/13, DStR 2024, 155)
 - **Vorlagen** an das BVerfG (Art. 100 Abs. 1 GG) oder an den EuGH (Art. 267 Abs. 2 und 3 AEUV)
 - **Rechtsmittelrecht** (bei behaupteter Grundrechtswidrigkeit einer Norm)
 - Gewährung **einstweiligen Rechtsschutzes** (bei behaupteter Grundrechtswidrigkeit einer Norm)
 - Rechtsschutzbedürfnis bei **Vorläufigkeitsvermerk** (§ 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO)
 - **Kostenentscheidung** (bei Unvereinbarkeitserklärung mit Weitergeltungsanordnung)

Kapitel 2

Problemfelder des finanzgerichtlichen Grundrechtsschutzes

Flick Gocke
Schaumburg

Problemfelder des finanzgerichtlichen Grundrechtsschutzes

1. Anforderungen an die Begründung einer Nichtzulassungsbeschwerde

- BFH: Die Schlüssigkeit einer die Verletzung des Gleichheitssatzes betreffenden Rüge erfordert „auch Darlegungen dazu, dass eine normverwerfende Entscheidung des BVerfG zu einer rückwirkenden Neuregelung des beanstandeten Gesetzes oder zumindest zu einer Übergangsregelung für alle noch offenen Fälle führen werde“ (BFH v. 30.12.2022 – XI B 104/21).
- Sind diese Anforderungen mit Art. 19 Abs. 4 GG vereinbar (vgl. auch 1 BvR 2267/23)?
 - **Tenorierung** des BVerfG ist für den Stpfl. **kaum vorhersehbar** (gewisse Beliebigkeit in Tenorierungspraxis).
 - **Widerspruch:** An den Stpfl. werden höhere Anforderungen gestellt als an das Fachgericht i.R. einer Vorlage nach Art. 100 Abs. 1 Satz 1 GG (BVerfG v. 7.11.2006 – 1 BvL 10/02, BStBl. II 2007, 192).
 - **Gefahr einer Rechtsverweigerung:** VB ggfs. ebenfalls unzulässig, wenn BFH die NZB zuvor als unzulässig verworfen hat (BVerfG v. 31.10.1992 – 2 BvR 739/91; anders aber BVerfG v. 7.12.2010 – 1 BvR 2628/07, Rn. 26 f.: Zulässigkeit der VB steht nicht entgegen, dass das BSG die NZB als unzulässig verworfen hat).
- **Einschätzung:** Die vom BFH aufgestellten Anforderungen sind mit Art. 19 Abs. 4 GG nicht vereinbar!

BVerfG: Verfassungs-
beschwerde ist
unzulässig



FG: Mangels
Darlegung keine
Zulassung Revision

BFH: Mangels Darlegung ist
NZB unzulässig

Problemfelder des finanzgerichtlichen Grundrechtsschutzes

2. Anforderungen an die „ernstlichen Zweifel“ im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzes

- BFH: Ergeben sich die ernstlichen Zweifel aus der behaupteten Verfassungswidrigkeit einer Norm, so bedarf es zusätzlich eines **besonderen Aussetzungsinteresses** des Steuerpflichtigen (zuletzt etwa BFH v. 18.1.2023 – II B 53/22 (AdV), BFH/NV 2023, 382).
- Dabei ist auch das öffentliche Interesse an einer **geordneten Haushaltsführung** zu berücksichtigen (zuletzt etwa FG Köln v. 14.3.2024 – 7 V 10/24, EFG 2024, 936).
- Ist eine Unvereinbarkeitserklärung des BVerfG mit **Weitergeltungsanordnung** zu erwarten (Prognose), ist keine AdV zu wahren (grundlegend BFH v. 11.6.1986 – II B 49/83, BStBl. II 1986, 782).
- Sind diese Anforderungen mit Art. 19 Abs. 4 GG vereinbar?
 - **Prognose** über Tenorierung des BVerfG ist für Stpfl. kaum möglich und kann daher für AdV nicht notwendig sein (ebenso BFH v. 21.11.2013 – II B 46/13, BStBl. II 2014, 263).
 - **Widersprüche:** Gerade bei verfassungsrechtlichen Zweifeln gelten besonders hohe Anforderungen; zudem verhindert die AdV gerade, dass der Staat eine ggfs. verfassungswidrige Steuer vereinnahmen bzw. ausgeben kann.
- **Einschätzung:** Die vom BFH aufgestellten Anforderungen sind mit Art. 19 Abs. 4 GG nicht vereinbar!

Höhere Wahrscheinlichkeit für Weitergeltungsanordnung



Nichtgewährung Aussetzung der Vollziehung

Größere Auswirkungen auf öffentliche Haushalte

Problemfelder des finanzgerichtlichen Grundrechtsschutzes

3. Rechtsschutzinteresse bei Aufnahme eines Vorläufigkeitsvermerks

- BFH: Für eine auf verfassungsrechtliche Zweifel an der streitentscheidenden Norm gestützte Klage **fehlt das Rechtsschutzbedürfnis**, wenn die Steuerfestsetzung wegen dieses Punktes vorläufig ist (§ 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO) und beim BVerfG bereits ein einschlägiges Musterverfahren anhängig ist (BFH v. 26.9.2023 – IX R 9/22, BStBl. II 2024, 282).
- Ist das Entfallen des Rechtsschutzbedürfnisses mit Art. 19 Abs. 4 GG vereinbar (vgl. auch 2 BvR 1712/23)?
 - Dem Stpfl. ist es grds. nicht zumutbar, den Ausgang eines Verfahrens abzuwarten, wenn dadurch unzumutbare Rechtsnachteile entstehen (FG Hamburg v. 22.2.2019 – 4 K 123/18, EFG 2019, 1062); insbesondere kann sich für den Stpfl. eine **zeitliche Verzögerung** ergeben (effektiver Rechtsschutz ist zeitnahe Rechtsschutz)!
 - Das Rechtsschutzbedürfnis kann auch bei vorläufiger Steuerfestsetzung bestehen, wenn der Stpfl. aus berechtigtem Interesse ein **weiteres Verfahren einleiten** will (z.B. substanzierter Vortrag neuer Argumente, vgl. BFH v. 16.2.2011 – X R 10/10, BFH/NV 2011, 977).
 - Mit der Verneinung des Rechtsschutzbedürfnisses wird dem Stpfl. grundsätzlich die Inanspruchnahme **vorläufigen Rechtsschutzes** genommen, da dieser grds. einen Einspruch bzw. eine Klage in der Hauptsache voraussetzt (FG München v. 30.6.2015 – 7 V 1056/15, juris); von der Möglichkeit des § 165 Abs. 1 Satz 4 AO wird in der Praxis durch die Finanzverwaltung kaum Gebrauch gemacht.
- **Einschätzung:** Auch vorläufige Steuerfestsetzungen müssen grundsätzlich mit Einspruch bzw. Klage angefochten werden können.

Problemfelder des finanzgerichtlichen Grundrechtsschutzes

4. Rechtsschutz unmittelbar gegen grundrechtswidrige Gesetze

- In der Praxis bereitet effektiver Rechtsschutz gegen grundrechtswidrige Gesetze Probleme (Bsp.: Individuelle Verbindlichkeit der normativen Verpflichtungen durch das MinStG).
- **Verfassungsbeschwerde:** Eine Verfassungsbeschwerde genügt dann nicht dem Grundsatz der Subsidiarität, wenn die Möglichkeit besteht, fachgerichtlichen Rechtsschutz außerhalb eines Straf- oder Bußgeldverfahrens zu erlangen; hierzu gehört insbesondere die vorbeugende negative Feststellungsklage (BVerfG v. 9.11.2022 – 1 BvR 161/21, juris).
- **Nichtigkeitsklage:** Steuerpflichtige gehören nicht zu den privilegierten Klageberechtigten, daher ist eine Nichtigkeitsklage nur unter den engen Voraussetzungen des Art. 263 Abs. 4 AEUV zulässig; regelmäßig lehnen die Unionsgerichte eine individuelle Betroffenheit der Steuerpflichtigen nach der sog. Plaumann-Formel ab (zuletzt etwa EuG v. 15.12.2023 – T-143/23, *Fugro/Rat*).
- **Negative Feststellungsklage:** Eine (negative) Feststellungsklage nach § 41 Abs. 1 FGO ist unzulässig, wenn sie nicht auf das Bestehen oder Nichtbestehen eines Rechtsverhältnisses gerichtet ist, sondern auf die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Norm (BFH v. 16.9.2021 – IV R 34/18, BStBl. II 2022, 101); keine „verschleierte“ Normenkontrolle.
 - **Aber:** Wenn ein feststellungsfähiges Rechtsverhältnis besteht, spielt es keine Rolle, ob der Kläger letztlich eine gerichtliche Normenkontrolle anstrebt. Unter Beachtung des Art. 19 Abs. 4 GG dürfen an die Voraussetzungen für eine Feststellungsklage mit normenkontrollrechtlichem Hintergrund **keine strengen Anforderungen** gestellt werden (vgl. bereits BFH v. 22.4.1986 – VII R 184/85, BFHE 146, 302).
- **Fazit:** Es verbleibt Rechtsunsicherheit für den Stpfl.; wird die negative Feststellungsklage als unzulässig abgewiesen, wird dem Stpfl. (effektiver) Rechtsschutz verwehrt.

Kapitel 3

Fazit und Ausblick

Fazit und Ausblick

- „Recht haben und Recht bekommen sind im Bereich des Grundrechtsschutzes vor den Finanzgerichten zweierlei!“
- Die Defizite des Grundrechtsschutzes haben ihre Ursache im Wesentlichen in der Rechtsprechung/Praxis des BVerfG.
 - **Aber:** Die Finanzgerichte verstärken diese Defizite durch ihre Rechtsprechung teilweise noch, anstatt i.S.d. Art. 19 Abs. 4 GG einen effektiven (Grund-)Rechtsschutz der Stöpl. zu gewährleisten!
- Aus **Beratersicht:** In unionsrechtlichen Fallgestaltungen Hinwirkung auf ein Vorabentscheidungsersuchen nach Art. 267 AEUV anstelle einer Vorlage nach Art. 100 Abs. 1 GG? Verlagerung des Grundrechtsschutzes auf Europäische Ebene?
- **Denkanstoß:** Ist der Amtsermittlungsgrundsatz (§ 76 Abs. 1 Satz 1 FGO) mit Art. 47 GRV vereinbar (vgl. *Deimel*, ZfZ 2024, 104 im Nachgang zu EuGH v. 21.9.2023 – C-770/21, *OGL-Food Trade*)?



48. Jahrestagung
der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
9./10. September 2024 in Münster

**Entwicklung gerichtlicher Zuständigkeiten
innerhalb der EU und Vorlageverpflichtung**

RiBFH Andreas Treiber, München

AGENDA

I. Die Übertragung der Zuständigkeit für Vorabentscheidungsersuchen vom Gerichtshof auf das Gericht der Europäischen Union zum 1.10.2024

- Rechtsgrundlagen
- Grund und Umfang der Übertragung
- Verfahrensablauf
- Rechtsmittel
- Bewertung

II. Die Vorlageverpflichtung der nationalen Gerichte

- Rechtsgrundlagen
- Die Vorlagepraxis in Deutschland und Österreich
- Bewertung

2

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Rechtsgrundlagen im Primärrecht (wie bisher)

Art. 19 EUV: Der **Gerichtshof der Europäischen Union** umfasst **den Gerichtshof, das Gericht** [früher: Gericht Erster Instanz] und Fachgerichte.

Art. 256 AEUV:

(3) Das **Gericht** ist in **besonderen in der Satzung festgelegten Sachgebieten** für Vorabentscheidungen nach Artikel 267 [AEUV] zuständig.

Wenn das Gericht der Auffassung ist, dass eine Rechtssache eine **Grundsatzentscheidung** erfordert, die die **Einheit oder die Kohärenz des Unionsrechts** berühren könnte, kann es die Rechtssache zur Entscheidung **an den Gerichtshof verweisen**.

Die **Entscheidungen des Gerichts über Anträge auf Vorabentscheidung** können nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die **in der Satzung** vorgesehen sind, in **Ausnahmefällen** vom Gerichtshof überprüft werden, wenn die **ernste Gefahr** besteht, dass **die Einheit oder die Kohärenz des Unionsrechts** berührt wird.

3

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Rechtsgrundlagen im Sekundärrecht (neu)

1. **Verordnung 2024/2019/EU des Parlaments und des Rates vom 11.04.2024** zur Änderung des Protokolls Nr. 3 über die Satzung des **Gerichtshofs der Europäischen Union** (ABl Nr. L 2024/2019 vom **12.08.2024**, S. 1) [= **Gerichtshof und Gericht**]
2. Änderungen der Verfahrensordnung des **Gerichtshofs** (ABl L 2024/2094 v. 12.08.2024)
3. Änderungen der Verfahrensordnung des **Gerichts** (ABl Nr. L 2024/2095 vom 12.08.2024)
4. Praktische Durchführungsbestimmungen zur Verfahrensordnung des **Gerichts** (ABl Nr. L 2024/2097 vom 12.08.2024, S. 1)
5. Beschluss des **Gerichts** vom 10.07.2024 über die Einreichung und die Zustellung von Verfahrensschriftstücken im Wege der Anwendung **e-Curia** (ABl. Nr. L 2024/2096 vom 12.8.2024).

4

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Inkrafttreten und erstmalige Anwendung

Art. 4 der Änderungsverordnung: „Diese Verordnung tritt am ersten Tag des Monats nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.“ = **01.09.2024**

Art. 2 der Änderungsverordnung: „Vorabentscheidungsersuchen nach Artikel 267 AEUV, die **am ersten Tag des Monats nach Inkrafttreten dieser Verordnung** beim Gerichtshof anhängig sind, werden vom Gerichtshof behandelt.“

Pressemitteilung Nr. 125/24 des EuGH vom 12.08.2024: Die teilweise Übertragung der Zuständigkeit für Vorabentscheidungen vom Gerichtshof auf das Gericht gilt ab dem 1.10.2024.

5

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGSERSUCHEN ZUM 1.10.2024

- **Formale Begründung für die Übertragung (Erwägungsgründe):**
 - Zunahme der **Anzahl** der Vorabentscheidungsersuchen und der **Verfahrensdauer**
 - **Mehr Zeit und Ressourcen** für die Prüfung der komplexesten und sensibelsten Vorabentscheidungsersuchen
 - zunehmend **verfassungsrechtliche Angelegenheiten und Angelegenheiten im Zusammenhang mit Menschenrechten und der Charta**
 - Stärkung der Einheit und Kohärenz des Unionsrechts; es soll sichergestellt werden, dass die **Entscheidungen des Gerichtshofs von höchster Qualität** sind
- **Fernziel auf EU-Ebene:**
 - EuG = Verwaltungsgericht der EU; EuGH = Verfassungsgericht der EU

6

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGSERSUCHEN ZUM 1.10.2024

- **Begründung für die Auswahl der Sachgebiete (in den Erwägungsgründen):**
 - Sachgebiete müssen **klar abzugrenzen** und hinreichend abtrennbar sein.
 - Sachgebiete müssen **bereits zu einer umfangreichen Rechtsprechung des Gerichtshofs geführt** haben, **an der sich das Gericht** bei der Ausübung seiner Zuständigkeit für Vorabentscheidungen **orientieren kann**.
 - Ausreichend **hohe Zahl** von Verfahren, damit eine **merkliche Entlastung** eintritt.
 - **Das gemeinsame Mehrwertsteuersystem, die Verbrauchsteuern, der Zollkodex und die zolltarifliche Einreihung von Waren in die KN** erfüllen die Kriterien, um als besondere Sachgebiete angesehen werden zu können.
- **Inoffiziell:** Die ausgewählten steuerrechtlichen Materien werden (mehrheitlich) als eher „technisch“ angesehen und gelten (mehrheitlich) als eher „unbeliebt“.

7

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGSERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Artikel 50b der Satzung (neu)

Das Gericht **ist** für Vorabentscheidungsersuchen nach Artikel 267 AEUV **zuständig**, die **ausschließlich in eines oder mehrere** der folgenden besonderen Sachgebiete fallen:

- a) **gemeinsames Mehrwertsteuersystem;**
- b) **Verbrauchssteuern;**
- c) **Zollkodex;**
- d) **zolltarifliche Einreihung von Waren in die Kombinierte Nomenklatur;**
- e) Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Flug- und Fahrgäste im Fall der Nichtbeförderung, bei Verspätung oder bei Annullierung von Transportleistungen;
- f) System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten.

➤ Die Zuständigkeit des Gerichts ist **abstrakt-generell** bereits **vor Eingang** festgelegt.

8

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGSERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Artikel 50b der Satzung (neu)

Ungeachtet des Absatzes 1 bleibt **der Gerichtshof** für Vorabentscheidungsersuchen zuständig, die **eigenständige** Fragen

- **der Auslegung des Primärrechts,**
- **des Völkerrechts,**
- **der allgemeinen Grundsätze des Unionsrechts oder**
- **der Charta der Grundrechte der Europäischen Union**

aufwerfen.

- Die Zuständigkeit des Gerichtshofs ist damit ebenfalls **abstrakt-generell vor Eingang** festgelegt. In Bezug auf das **Thema der Veranstaltung** bleibt „alles wie es war“
- **Problem:** „Steuerung“ der Zuständigkeit vom vorlegenden Gericht/den Beteiligten?
- **Problem:** Wer grenzt die Zuständigkeiten wie ab? Rechtsmittel?

9

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Artikel 50b der Satzung (neu):

Jedes Vorabentscheidungsersuchen nach Artikel 267 AEUV wird **dem Gerichtshof** vorgelegt. Nachdem **der Gerichtshof** so schnell wie möglich und **gemäß den in seiner Verfahrensordnung vorgesehenen Modalitäten** festgestellt hat, dass das Vorabentscheidungsersuchen ausschließlich in eines oder mehrere der in Absatz 1 genannten Sachgebiete fällt, leitet er es an das Gericht weiter.

Artikel 54 Absatz 2 der Satzung (neu):

„Stellt **das Gericht** fest, dass es für ... ein Vorabentscheidungsersuchen nicht zuständig ist, ... das in die Zuständigkeit des Gerichtshofs fällt, so **verweist es** ... dieses Ersuchen an den Gerichtshof; stellt **der Gerichtshof** fest, dass ... ein Vorabentscheidungsersuchen in die Zuständigkeit des Gerichts fällt, so **verweist er** ... dieses Ersuchen an das Gericht, **das sich dann nicht für unzuständig erklären kann.**“

10

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Artikel 50b der Satzung (neu):

Jedes Vorabentscheidungsersuchen nach Artikel 267 AEUV wird **dem Gerichtshof** vorgelegt. Nachdem **der Gerichtshof** so schnell wie möglich und **gemäß den in seiner Verfahrensordnung vorgesehenen Modalitäten** festgestellt hat, dass das Vorabentscheidungsersuchen ausschließlich in eines oder mehrere der in Absatz 1 genannten Sachgebiete fällt, leitet er es an das Gericht weiter.

Artikel 54 Absatz 2 der Satzung (neu):

„Stellt **das Gericht** fest, dass es für ... ein Vorabentscheidungsersuchen nicht zuständig ist, ... das in die Zuständigkeit des Gerichtshofs fällt, so **verweist es** ... dieses Ersuchen an den Gerichtshof; stellt **der Gerichtshof** fest, dass ... ein Vorabentscheidungsersuchen in die Zuständigkeit des Gerichts fällt, so **verweist er** ... dieses Ersuchen an das Gericht, **das sich dann nicht für unzuständig erklären kann.**“

11

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Art. 93a der Verfahrensordnung des Gerichtshofs: Vorprüfung der Vorabentscheidungsersuchen

- (1) Wird der Gerichtshof mit einem Vorabentscheidungsersuchen befasst, so wird dieses Ersuchen von der Kanzlei sogleich dem **Präsidenten, dem Vizepräsidenten und dem Ersten Generalanwalt** übermittelt.
- (2) Ist der **Präsident** nach Prüfung des Vorabentscheidungsersuchens und **nach Anhörung des Vizepräsidenten und des Ersten Generalanwalts** der Auffassung, dass das Ersuchen **ausschließlich in eines oder mehrere der in Artikel 50b Absatz 1 der Satzung genannten besonderen Sachgebiete** fällt, **so teilt er dies der Kanzlei mit**, die das Ersuchen sogleich der Kanzlei des Gerichts übermittelt. Das Verfahren wird dann **vor dem Gericht** gemäß den Bestimmungen von dessen Verfahrensordnung **fortgesetzt**.
- (3) Ist der **Präsident** nach dieser Prüfung und **nach Anhörung des Vizepräsidenten und des Ersten Generalanwalts** der Auffassung, dass das Vorabentscheidungsersuchen zwar in eines oder mehrere der in Artikel 50b Absatz 1 der Satzung genannten besonderen Sachgebiete fällt, **aber auch andere Sachgebiete betrifft oder eigenständige Fragen der Auslegung des Primärrechts, des Völkerrechts, der allgemeinen Grundsätze des Unionsrechts oder der Charta der Grundrechte der Europäischen Union im Sinne von Artikel 50b Absatz 2 der Satzung aufwirft**, so überträgt er die Entscheidung umgehend **dem Gerichtshof**. Ist der **Gerichtshof** der Auffassung, dass das Ersuchen **ausschließlich in eines oder mehrere der in Artikel 50b Absatz 1 der Satzung genannten besonderen Sachgebiete** fällt, so wird es von der Kanzlei des Gerichtshofs sogleich der Kanzlei des Gerichts übermittelt und das Verfahren wird vor diesem gemäß den Bestimmungen seiner Verfahrensordnung fortgesetzt. Andernfalls wird das Verfahren vor dem Gerichtshof gemäß den Bestimmungen der vorliegenden Verfahrensordnung fortgesetzt.
- (4) Wird ein Vorabentscheidungsersuchen gemäß den Absätzen 2 oder 3 der Kanzlei des Gerichts übermittelt, so **teilt diese dies dem vorliegenden Gericht mit.**"

12

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Eingang bei der Kanzlei des EuGH

→ Übermittlung an Präsident, Vizepräsident und Erster Generalanwalt

Präsident (nach Anhörung Vizepräsident und Erster Generalanwalt)

ausschließlich besonderes Sachgebiet:
→ Übermittlung an das Gericht
(zur Fortsetzung gemäß Verfahrensordnung)

Eingang beim Gericht

nicht ausschließlich besonderes Sachgebiet:
→ Übermittlung an den Gerichtshof
(zur Fortsetzung gemäß Verfahrensordnung)

Eingang beim Gerichtshof

nicht ausschließlich besonderes Sachgebiet:
→ Übermittlung an den Gerichtshof
(zur Fortsetzung gemäß Verfahrensordnung)

Eingang beim Gerichtshof

ausschließlich besonderes Sachgebiet:
→ Übermittlung an das Gericht
(zur Fortsetzung gemäß Verfahrensordnung, bindend)

Eingang beim Gericht

ausschließlich besonderes Sachgebiet:
→ Übermittlung an das Gericht
(zur Fortsetzung gemäß Verfahrensordnung, bindend)

Grundsatzentscheidung (Einheit oder Kohärenz)?
= Art. 256 Abs. 3 Unterabs. 2 AEUV
→ Verweisung an den Gerichtshof

Ende (hoffentlich, aber was ist bei neuem Rechtsvortrag in den Stellungnahmen?)

13

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGSERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Artikel 50b der Satzung (neu):

Die Vorabentscheidungsersuchen, über die das **Gericht** nach Artikel 267 AEUV entscheidet, werden **gemäß den in seiner Verfahrensordnung vorgesehenen Modalitäten Kammern zugewiesen, die zu diesem Zweck bestimmt werden.**"

➤ Besondere Kammern = begrenzte Spezialisierung an einem Generalistengericht

Artikel 49a der Satzung (neu) (sowie Art. 30 Abs. 2 der VerfO des Gerichts):
Das Gericht wird **bei der Behandlung der ihm nach Artikel 50b weitergeleiteten Vorabentscheidungsersuchen** von einem oder mehreren **Generalanwälten unterstützt.**

Für **jedes** Vorabentscheidungsersuchen wird der Generalanwalt **aus der Mitte der für die Ausübung dieser Tätigkeit gewählten Richter** ausgewählt, die **einer anderen Kammer als der Kammer** angehören, **der das betreffende Ersuchen zugewiesen** worden ist.

➤ = Qualitätssicherung und Sicherung der **Einheitlichkeit der Rechtsprechung**

14

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGSERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Artikel 50 Abs. 2 der Satzung (neu):

(2) **Das Gericht** kann auch als Große Kammer, **als Mittlere Kammer** zwischen den Kammern mit fünf Richtern und der Großen Kammer oder als Einzelrichter tagen. ...

➤ **Mittlere Kammer = 9 Richter**, Art. 15a der Verfahrensordnung des Gerichts

Art. 26 der Verfahrensordnung des Gerichts: Vorabentscheidungsersuchen werden **einer mit fünf Richtern tagenden Kammer** zugewiesen.

Art. 28: „Sofern die **rechtliche Schwierigkeit** oder die **Bedeutung der Rechtssache** oder **besondere Umstände** es rechtfertigen, kann eine Rechtssache an die Große Kammer, an die Mittlere Kammer oder an eine mit einer anderen Richterzahl tagende Kammer verwiesen werden.“

Artikel 50 Abs. 4 der Satzung (neu): „Das **Gericht tagt** in den Fällen, in denen es **gemäß Artikel 267 AEUV** angerufen wird, **als Mittlere Kammer**, **wenn ein am Verfahren beteiligter Mitgliedstaat** oder ein **am Verfahren beteiligtes Unionsorgan** dies beantragt.“

➤ (Nur) Mitgliedstaaten und Unionsorgane können den Spruchkörper bestimmen?

➤ Grundsatz der **Waffengleichheit** (Teil effektiven Rechtsschutzes, Art. 47 der Charta)?

➤ Abs. 4 primärrechtwidriges Sekundärrecht (→EuGH)? Was wäre die Rechtsfolge?

15

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Rechtsmittel?

Art. 256 Abs. 3 Unterabs. 3 AEUV: Die **Entscheidungen des Gerichts über Anträge auf Vorabentscheidung** können nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die in der Satzung vorgesehen sind, in **Ausnahmefällen** vom Gerichtshof überprüft werden, **wenn** die **ernste Gefahr** besteht, dass **die Einheit oder die Kohärenz des Unionsrechts** berührt wird.

Satzung

Artikel 62

Wenn in Fällen nach Artikel 256 Absätze 2 und 3 AEUV **der Erste Generalanwalt** der Auffassung ist, dass die **ernste Gefahr einer Beeinträchtigung der Einheit oder der Kohärenz des Unionsrechts besteht**, so kann er **dem Gerichtshof vorschlagen**, die Entscheidung des Gerichts zu überprüfen.

Der Vorschlag muss **innerhalb eines Monats nach Verkündung der Entscheidung des Gerichts** erfolgen. **Der Gerichtshof** entscheidet **innerhalb eines Monats nach Vorlage des Vorschlags** durch den Ersten Generalanwalt, **ob** die Entscheidung zu überprüfen ist oder nicht.

Artikel 62a

Der Gerichtshof entscheidet über die Fragen, die Gegenstand der Überprüfung sind, **im Wege eines Eilverfahrens** auf der Grundlage der ihm vom Gericht übermittelten Akten.

Die in Artikel 23 ... bezeichneten Beteiligten ... können zu den Fragen, die Gegenstand der Überprüfung sind, ... innerhalb einer hierfür bestimmten Frist **Schriftsätze einreichen** oder schriftliche Erklärungen abgeben.

Der Gerichtshof **kann** beschließen, vor einer Entscheidung das mündliche Verfahren zu eröffnen.

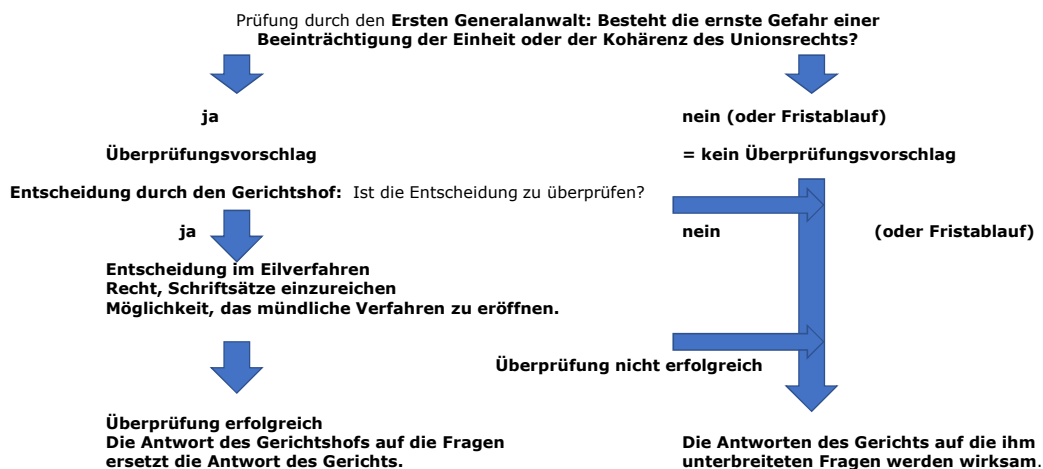
Artikel 62b

... In den Fällen des **Artikels 256 Absatz 3 AEUV** werden, sofern ein Überprüfungsvorschlag oder eine Entscheidung zur Eröffnung des Überprüfungsverfahrens **nicht** vorliegt, die Antwort oder die Antworten des Gerichts auf die ihm unterbreiteten Fragen **nach Ablauf der hierzu in Artikel 62 Absatz 2 vorgesehenen Fristen wirksam**. Im Fall der Eröffnung eines Überprüfungsverfahrens werden die Antwort oder die Antworten, die Gegenstand der Überprüfung sind, **am Ende dieses Verfahrens wirksam**, es sei denn, dass der Gerichtshof anders beschließt. Stellt der Gerichtshof fest, dass die Entscheidung des Gerichts die Einheit oder die Kohärenz des Unionsrechts beeinträchtigt, so **ersetzt die Antwort des Gerichtshofs** auf die Fragen, die Gegenstand der Überprüfung waren, **die Antwort des Gerichts**.

16

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Urteil des Gerichts



17

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGSERSUCHEN ZUM 1.10.2024

- Vorliegende Gerichte übermitteln weiter an den EuGH
- Beteiligte reichen Schriftsätze weiter beim EuGH ein

Artikel 23 der Satzung (neu)

... Die von einem Beteiligten gemäß diesem Artikel eingereichten Schriftsätze oder schriftlichen Erklärungen werden **innerhalb einer angemessenen Frist nach Abschluss des Verfahrens** auf der Website des Gerichtshofs der Europäischen Union veröffentlicht, es sei denn, der Beteiligte **widerspricht** der Veröffentlichung **seiner eigenen** Schriftsätze.

- Veröffentlichung **nach Verfahrensende** mit Widerspruchsrecht. (Wunsch Parlament)
- Art 96 Abs. 2 VerfO, Art. 202 Abs. 3 VerfO Gericht: **Keine Begründung** erforderlich.
- Kein Drittwiderspruchsrecht (für die Schriftsätze der anderen Beteiligten).
- **Widerspruchsfrist: Drei Monate nach** der Verkündung bzw. Benachrichtigung, dass seitens des Ersten Generalanwalts kein Überprüfungsantrag ergangen ist oder nach Zustellung der Entscheidung des Gerichtshofs, die Entscheidung des Gerichts nicht zu überprüfen ist, oder drei Monate nach Verkündung des Überprüfungsurteils.

18

VIDEOVERHANDLUNG UND ÖFFENTLICHE ÜBERTRAGUNG

Art. 78 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs

(1) Wenn **Gesundheitsgründe, Sicherheitsgründe oder andere triftige Gründe** den Vertreter einer Partei oder eines in Artikel 23 der Satzung bezeichneten Beteiligten daran hindern, physisch an einer mündlichen Verhandlung teilzunehmen, **kann ihm gestattet werden, per Videokonferenz an der mündlichen Verhandlung teilzunehmen**. Dies gilt auch für die Parteien des Ausgangsrechtsstreits, wenn sie nach den anwendbaren nationalen Verfahrensvorschriften berechtigt sind, ohne den Beistand eines Anwalts vor Gericht aufzutreten. ...

(4) Der Einsatz von Videokonferenzen ist ausgeschlossen, wenn eine Entscheidung des Gerichtshofs über den Ausschluss der Öffentlichkeit gemäß Artikel 79 ergangen ist.

Art. 80a der Verfahrensordnung des Gerichtshofs (Art. 110a VerfO des Gerichts)

(1) Die öffentlichen Sitzungen des Gerichtshofs [Gerichts] können Gegenstand einer Übertragung sein. Die Übertragung erfolgt als **Direktübertragung**, wenn sie die **Verkündung von Urteilen** oder die **Stellung von Schlussanträgen** betrifft, und **zeitversetzt**, wenn sie die mündlichen Ausführungen der Parteien bzw. der in Artikel 23 der Satzung bezeichneten Beteiligten in einer Rechtssache vor dem Plenum, der Großen Kammer oder ausnahmsweise, wenn die Bedeutung der Rechtssache es rechtfertigt, einer Kammer mit fünf Richtern betrifft.

(2) [Vorherige Mitteilung der Absicht an die Beteiligten]

(3) [Antrag eines Beteiligten auf Absehen von der Übertragung]

(4) [Entscheidung über den Antrag auf Absehen so bald wie möglich]

(5) [Verfügbarkeit auf der Homepage bis **1 Monat nach Schluss der mündlichen Verhandlung**] 19

DIE ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VORABENTSCHEIDUNGERSUCHEN ZUM 1.10.2024

Thesen

- Den **unionsrechtlichen Grundrechtsschutz** gewährleistet weiterhin der **Gerichtshof**.
- Wegen der **sekundärrechtlichen Ausprägungen der Grundrechte** (z.B. als Neutralität der Mehrwertsteuer) wird allerdings das **Gericht sekundärrechtlichen Grundrechtsschutz** betreiben.
- Die **Vergrößerung der Spruchkörper** (fünf Richter als Besetzung bei Vorabentscheidungsersuchen) und die **Einschaltung von Generalanwälten** (aus anderen besonderen Kammern) dürfte sich **m.E. positiver** auf die Einheitlichkeit der Rechtsprechung und die Kohärenz des Unionsrechts auswirken als der bisherige Standard (oftmals Kammer mit drei Richtern und Entscheidung ohne Schlussanträge).
- Aufgrund der strengen Fristen für die Vorprüfung und die begrenzten Überprüfungsmöglichkeiten besteht die Hoffnung, dass eine **erhebliche** Verlängerung der Laufzeiten **nicht** zu befürchten ist. Entscheidend wird allerdings sein, wie die neuen Regeln in der Praxis angewendet werden.
- Mit der nachträglichen Veröffentlichung von Schriftsätzen und der Übertragung von Verhandlungen kann das **Steuergeheimnis** tangiert werden. Die **DSGVO** gilt **nicht für juristische Personen** (und Behörden). **Widerspruchsrechte** sichern das Steuergeheimnis allerdings auch insoweit ab.

20

AGENDA

I. Die Übertragung der Zuständigkeit für Vorabentscheidungsersuchen vom Gerichtshof auf das Gericht der Europäischen Union zum 1.10.2024

- Rechtsgrundlagen
- Grund und Umfang der Übertragung
- Verfahrensablauf
- Rechtsmittel
- Bewertung

II. Die Vorlageverpflichtung der nationalen Gerichte

- Rechtsgrundlagen
- Die Vorlagepraxis in Deutschland und Österreich
- Bewertung

21

DIE VORLAGEVERPFLICHTUNG DER NATIONALEN GERICHTE

Art. 267 AEUV: Die Instanzgerichte können, aber die OGB müssen. (?)

Der Gerichtshof der Europäischen Union entscheidet im Wege der Vorabentscheidung

- a) über die **Auslegung** der Verträge,
- b) über die **Gültigkeit** und die Auslegung der Handlungen der Organe, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union,

Wird eine derartige Frage **einem Gericht eines Mitgliedstaats gestellt** und hält dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für **erforderlich**, so **kann** es diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorlegen.

Wird eine derartige Frage in einem schwebenden Verfahren **bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können**, so ist dieses Gericht zur Anrufung des Gerichtshofs **verpflichtet**.

22

DIE VORLAGEVERPFLICHTUNG DER NATIONALEN GERICHTE

EuGH vom 22.10.1987 – 314/85, Foto Frost (EU:C:1987:452, Rz 14 ff.):

Die nationalen Gerichte, deren Entscheidungen mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, können die Gültigkeit einer Gemeinschaftshandlung prüfen und, wenn sie die Gründe, die von den Parteien vor ihnen für die Ungültigkeit vorgebracht werden, für nicht zutreffend halten, diese Gründe mit der Feststellung zurückweisen, dass die Handlung in vollem Umfang **gültig** ist. Denn wenn sie so vorgehen, stellen sie die Existenz der Gemeinschaftshandlung nicht in Frage.

Sie sind dagegen **nicht befugt**, Handlungen der Gemeinschaftsorgane für **ungültig** zu erklären. ... Die **Befugnis zur Feststellung der Ungültigkeit** dieser Handlung, wenn sie vor einem nationalen Gericht geltend gemacht wird, bleibt dem Gerichtshof vorbehalten.

- In einem solchen Fall müssen also **auch die Instanzgerichte** vorlegen.

23

DIE VORLAGEVERPFLICHTUNG DER NATIONALEN GERICHTE

EuGH vom 22.02.2022 - C-430/21, RS [Wirkung der Urteile eines Verfassungsgerichts] (EU:C:2022:99, Rz 71 f.): Ist **ein Verfassungsgericht eines Mitgliedstaats** der Auffassung, dass eine Bestimmung des sekundären Unionsrechts ... gegen die Verpflichtung verstoße, die nationale Identität dieses Mitgliedstaats zu achten, **muss** es das Verfahren aussetzen und dem Gerichtshof nach Art. 267 AEUV **ein Ersuchen um Vorabentscheidung** über die Gültigkeit dieser Bestimmung ... **vorlegen**, da **allein der Gerichtshof befugt ist, die Ungültigkeit einer Handlung der Union festzustellen**.

Da der Gerichtshof ... die ausschließliche Zuständigkeit für die verbindliche Auslegung des Unionsrechts hat, **kann das Verfassungsgericht eines Mitgliedstaats nicht** auf der Grundlage seiner eigenen Auslegung unionsrechtlicher Bestimmungen, darunter Art. 267 AEUV, **wirksam entscheiden, dass der Gerichtshof ein Urteil erlassen habe, das über seinen Zuständigkeitsbereich hinausgeht, und es somit ablehnen, einem in einem Vorabentscheidungsverfahren ergangenen Urteil des Gerichtshofs nachzukommen**.

24

DIE VORLAGEVERPFLICHTUNG DER NATIONALEN GERICHTE

Ausnahmen = CILFIT-Rechtsprechung = EuGH vom 6.10.2021 - C-561/19, Consorzio Italian Management und Catania Multiservizi (EU:C:2021:799, Rz 33 ff., m.w.N.)

Nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofs kann ein einzelstaatliches Gericht, dessen Entscheidungen nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, von dieser Pflicht (nur) dann befreit werden, wenn es festgestellt hat,

- dass die gestellte Frage **nicht entscheidungserheblich** ist, d.h. die Antwort, wie auch immer sie ausfällt, **keinerlei Einfluss auf die Entscheidung des Rechtsstreits** haben kann;
- dass die Vorschrift des Unionsrechts bereits Gegenstand einer Auslegung durch den Gerichtshof war oder wenn eine **gesicherte Rechtsprechung des Gerichtshofs** vorliegt, durch die die betreffende **Rechtsfrage gelöst** ist (gleich in welcher Art von Verfahren sich diese Rechtsprechung gebildet hat, und selbst dann, wenn die strittigen Fragen **nicht vollkommen identisch** sind) [= sog. acte éclairé], oder
- dass die richtige Auslegung des Unionsrechts derart **offenkundig** ist, dass **für einen vernünftigen Zweifel keinerlei Raum bleibt** und das nationale Gericht davon überzeugt ist, dass **auch für die Gerichte der übrigen Mitgliedstaaten und den Gerichtshof** die gleiche Gewissheit bestünde. [= sog. acte clair]

25

DIE VORLAGEVERPFLICHTUNG DER NATIONALEN GERICHTE

Kloppenburg-Beschluss des BVerfG vom 08.04.1987 - 2 BvR 687/85, BVerfGE 75, 223: Das BFH-Urteil vom 25.04.1985 - V R 123/84 verstößt gegen Art. 101 Absatz 1 Satz 2 GG.

- Der EuGH ist **gesetzlicher Richter** im Sinne des Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG.
- Seine Entscheidungen **binden alle** mit demselben Verfahren befassten nationalen Gerichte.
- Ein nationales Gericht kann von einer Vorabentscheidung des EuGH **nicht** mit der Begründung abweichen, der EuGH habe seine **Kompetenz überschritten**; will es der Vorabentscheidung nicht folgen, ist es zu einer **neuerlichen Vorlage an den EuGH** verpflichtet, bei der es seine Bedenken einbringen kann.
- Eine Entscheidung gegen die Vorabentscheidung **ohne erneute Vorlage** verletzt Art. 101 GG.

Das BVerfG überprüft aber nur, ob die Auslegung und Anwendung des Art. 267 Abs. 3 AEUV durch das letztinstanzliche Gericht nicht mehr verständlich erscheint und offensichtlich unhaltbar ist = **Willkürmaßstab** (2 BvR 1079/20 vom 08.11.2023, Rz 66, zu I R 34/18).

26

DIE VORLAGEVERPFLICHTUNG DER NATIONALEN GERICHTE

Die Zahlen (1952 bis 2023)

Vorlagen insgesamt:	13546	100%
aus Deutschland	3079	22,7%
BVerfG	2	
BGH	299	
BVerwG	165	
BFH	362	2,7%
BAG	68	
BSG	77	
Andere	2106	
aus Österreich	737	
VwGH	145	1,1%
VerGH	4	
OGH	177	
andere	411	

Der **BFH** (als Gericht mit den meisten Vorlagen in der gesamten EU) hat mehr Ersuchen um Vorabentscheidung an den EuGH gerichtet als Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Irland, Griechenland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland und Schweden (= 20 MS).

27

DIE VORLAGEVERPFLICHTUNG DER NATIONALEN GERICHTE

Ein paar kurze Gedanken aus der Praxis für die Praxis

- Die Rolle der Beteiligten (insbesondere bei innergemeinschaftlicher Divergenz, vgl. z.B. BFH vom 23.08.2023 - XI R 10/20, BFHE 282, 113, BStBl II 2024, 302).
- Vorlage oder nicht – wie entscheidet ein BFH-Senat das?
- Die Rollenverteilung im Vorabentscheidungsverfahren – Theorie und Praxis
- Fazit - „Viel hilft viel?“ oder „wer viel fragt, bekommt viele ... Antworten?“